

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Ende der Kinderarbeit?

Pakistan hat am 21. Juni in Genf gegenüber der 'Internationalen Arbeitsorganisation' (ILO) eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach die Kinderarbeit stufenweise abgeschafft werden soll. Das ILO-Memorandum sieht vor, daß zunächst Gesetze zum Verbot der Beschäftigung von Kindern in gefährlichen Wirtschaftsbereichen und zum besonderen Schutz der unter Zwölfjährigen zu erlassen sind. Aus einem Bericht der UN-Organisation geht hervor, daß in Pakistan derzeit acht bis zehn Millionen Kinder einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen. In den Städten seien mindestens ein Viertel dieser Kinderarbeiter jünger als zehn Jahre; mehr als die Hälfte müßten täglich elf Stunden und länger arbeiten. Die ILO hat der pakistanischen Regierung erst Anfang Juni wieder vorgeworfen, nicht genug zur Eindämmung der oftmals erzwungenen Kinderarbeit zu unternehmen.

## Verheerende Naturkatastrophen

Eine wochenlang anhaltende Hitzeperiode hat im Juni landesweit rund 150 Menschenleben gefordert. Vor allem zahllose Kinder erkrankten aufgrund der Wasserknappheit an Durchfall und Gelbsucht, hieß es in pakistanischen Zeitungsberichten. Wegen des Ausfalls etlicher großer Wasserkraftwerke kam es in den großen Städten zu täglichen Stromausfällen. In den Bergwäldern nördlich von Islamabad brachen mehrere Buschfeuer aus, die zeitweise auf bewohntes Gebiet übergreifen drohten. In der Südprowinz Sindh entgleiste ein Personenzug, weil sich die Schienen bei Temperaturen von 50 Grad Celsius verzogen hatten. Ein Mann wurde bei diesem Unglück getötet.

Anschließend forderte der Beginn des Sommermonsuns mit schweren Unwettern und sintflutartigen Regenfällen erneut mindestens 22 Todesopfer und eine noch unbekannt Zahl von Verletzten. In der Millionenmetropole Karachi wurde am 4. Juli der Ausnahmezustand ausgerufen, da Hunderte von Hütten in den Elendsvierteln am Ufer des Lyari

von den Wassermassen des Hochwasser führenden Flusses weggerissen wurden.

Ende Juni erschütterte ein starkes Erdbeben (6,2 auf der Richterskala) den Norden des Landes. Allein in der nordwestpakistanischen Provinzhauptstadt Peshawar gab es nach Behördenangaben mindestens 17 Verletzte. Das Epizentrum lag nach Einschätzung pakistanischer Experten im afghanischen Teil des Hindukush-Gebirges.

## Bundshaushalt 1994/95 verabschiedet

Die Koalitionsregierung von Premierministerin Benazir Bhutto hat nach monatelangem Tauziehen hinter den Kulissen Ende Juni den mit Spannung erwarteten neuen Staatshaushalt für das Finanzjahr 1994/95 verabschiedet, dem schon im Vorfeld schicksalhafte Bedeutung für das politische Überleben der bisher nicht gerade überzeugend agierenden Regierungschefin beigemessen wurde. Mit 385 Milliarden Rupien - rund 20 Milliarden DM - hat das Haushaltsvolumen im Vergleich zum Vorjahr um ein knappes Drittel zugelegt. Die zusätzlichen Staatsausgaben sollen durch das Erheben neuer Steuern, Steuererhöhungen und effizientere Besteuerungsverfahren aufgebracht werden, während die Neuverschuldung mit 15 Milliarden Rupien gegenüber 12,9 im abgelaufenen Haushaltsjahr nur moderat steigt. Der Blick auf die Verteilung der Staatsausgaben zeigt, daß die Bhutto-Regierung trotz gegenteiliger Versprechen längst überfällige, aber machtpolitisch brisante Reformen unterlassen hat. So verschlingen auch in Zukunft die annähernd gleichgroßen Posten "Schulden dienst" und "Verteidigung" rund 70 Prozent der Mittel. Die Militärs dürfen sich sogar anstelle schmerzlicher Kürzungen über eine 8,6-prozentige Steigerung ihres Etats freuen. Außerdem werden die Gehälter des gesamten Armeepersonals um 35 Prozent angehoben. Auch die Beamten sollen deutlich höher entlohnt werden, als bisher. Für Sozialausgaben dagegen reserviert die Bhutto-Administration im

Haushalt magere drei Prozent. Immerhin fließen zusätzliche 16 Milliarden Rupien in Entwicklungsprogramme, für die jetzt insgesamt 90 Milliarden Rupien zur Verfügung stehen.

Kritiker bemängelten vor allem, daß auch der neue Haushalt wie gehabt hauptsächlich durch indirekte Steuern finanziert werden soll. Insgesamt wurden zusätzliche 277 Güter des täglichen Bedarfs mit zum Teil deftigen Umsatzsteuern belegt und eine Gewerbesteuer eingeführt, worauf die Produzenten mit entsprechenden Preiserhöhungen reagierten. Artikel wie Computer, Seife oder Eiscreme verteuerten sich innerhalb einer Woche um rund 25 Prozent. Die Printmedien erwägen nach jüngsten Meldungen sogar, den Preis pro Ausgabe zu verdoppeln. Um einem sich abzeichnenden Inflationsschub gegenzusteuern, wandte sich schließlich sogar die oberste Steuerbehörde Pakistans, das 'Central Bureau of Revenue' (CBR) an die Öffentlichkeit, warnte Produzenten und Dienstleistungsunternehmen davor, die Steuererhöhungen an die Verbraucher weiterzugeben und forderte die Konsumenten auf, mit größeren Anschaffungen zu warten, bis die Preise wieder fallen. Dies kann allerdings noch eine Weile dauern, da die pakistanische Währung seit dem 1. Juli gegenüber dem US-Dollar frei konvertierbar ist, was den Kurs der Rupie nach Auffassung pakistanischer Wirtschaftsexperten um mittelfristig mindestens zehn Prozent sinken lassen wird und Importgüter weiter verteuert.

Nur die Großgrundbesitzer bleiben auch in Zukunft von Abgaben an den Staat verschont, da Großagrarien Bhutto offenbar davor zurückschreckte, ihren Standesgenossen eine vieldiskutierte Steuer auf landwirtschaftliche Einkommen zuzumuten. Stattdessen stehen den "landlords" auch weiterhin Subventionen und günstige Kredite zur Verfügung.

## Sechs Polizisten erschossen

Bei einem Terroranschlag in einem der Armenviertel von Karachi sind

am 28. Juni sechs Polizisten erschossen worden. Nach Angaben der Polizeibehörden eröffneten die schwerbewaffneten Angreifer aus zwei Personenwagen heraus mit automatischen Gewehren das Feuer auf einen Mannschaftstransporter der Polizei. Fünf Beamte waren sofort tot, ein sechster erlag seinen Verletzungen im Krankenhaus. Hinter dem Anschlag werden militante Gefolgsleute der 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) vermutet. MQM-Sympathisanten hatten sich bereits zwischen Ende April und Anfang Mai mit der Polizei und paramilitärischen Sicherheitskräften blutige Straßenschlachten geliefert, die 32 Menschen das Leben kosteten und in mehreren Stadtvierteln Karachis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führten. Erst das Eingreifen der Armee beendete das tagelange Blutvergießen.

#### Extra-legale Hinrichtungen

Nach einem Bericht des englischsprachigen Monatsmagazins 'Newsline' hat die Polizei am 3. Mai im südpakistanischen Sukkur während der Suche nach Aktivisten des 'Mohajir Qaumi Movement' ein Blutbad angerichtet. Mehrere Polizisten zerrten im Rahmen einer großangelegten Razzia in einem Wohnviertel drei verdächtige Männer aus dem Inneren eines Hauses und töteten sie vor den Augen der Nachbarn mit mehren gezielten Kalaschnikow-Salven in die Köpfe. Ein weiteres, bei der selben Razzia verhaftetes MQM-Mitglied wurde von den Polizisten auf einen Friedhof verschleppt und soll dort ebenfalls hingerichtet worden sein. Eine fünfte Person - so die Zeitung - sei am selben Tag von Polizisten in der Nähe eines Bahnüberganges erschossen worden. Die Polizei verteidigte sich mit der Aussage, bei den Personen habe es sich um "dacoits" (Banditen) gehandelt, die im Verlauf einer Schießerei ums Leben gekommen seien.

#### Haftende für Murtaza Bhutto

Murtaza Bhutto, der schillernde Bruder von Premierministerin Benazir Bhutto, ist am 5. Juni in Karachi nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wieder freigelassen worden. Der frühere Chef der geheimnisumwitterten Terrorgruppe 'Al-Zulfikar Organization' (AZO) war im vergangenen Jahr bei seiner Rückkehr nach dem Wahlsieg seiner Schwester nach 16 Jahren im syri-

schien Exil wegen Beteiligung an zahlreichen, politisch motivierten Gewalttaten von den pakistanischen Behörden verhaftet worden. Während einer ersten Pressekonferenz erhob der in Abwesenheit in den sindhischen Landtag gewählte Murtaza schwere Vorwürfe gegen die Regierung seiner Schwester, deren Rücktritt er forderte. Benazir's Ehemann, Asif Zardari, und dessen politische Freunde, die in der regierenden 'Pakistan Peoples Party' (PPP) mittlerweile eine gewichtige Rolle spielen, bezeichnete der einzige überlebende Sohn des hingerichteten Ex-Premiers Zulfikar Ali Bhutto als "Asif Baba und die 40 Räuber", die Milliardenbeträge in die eigene Tasche wirtschafteten. Beobachter werten die scharfzüngigen Attacken an die Adresse der PPP-Chefin Benazir Bhutto als offene Kampfansage um die Führung der Regierungspartei, was auf absehbare Zeit zur Spaltung der PPP führen könnte.

#### Mullahs setzen mit Straßenblockaden die Sharia durch

Rund 20.000 Stammesangehörige unter der Führung einer Gruppe islamischer Geistlicher haben mit einer einwöchigen Straßenblockade in dem zur North West Frontier Province (NWFP) gehörenden Verwaltungsbezirk Malakand erfolgreich die Einführung des islamischen Rechts gemäß der Sharia durchgesetzt. Die Menschenmenge besetzte für eine Woche den strategisch wichtigen Malakand-Paß nahe der afghanischen Grenze, unterbrach damit die Straßenverbindung zwischen der Provinzhauptstadt Peshawar und dem Chitral und forderte mit der Losung "Märtyrertod oder Sharia" das nach muslimischen Glauben "Gesetz Gottes" für ihr heimatliches Gemeinwesen. Die noch aus der britischen Kolonialzeit stammenden Verordnungen für die mit einem eigenen Rechtsstatut ausgestatteten "Provincial Administered Tribal Areas" (PATA's) - zu denen der Malakand-Bezirk gehört - waren vom Obersten Gerichtshof im Februar außer Kraft gesetzt worden. Mit dem Sitzstreik auf der Paßhöhe wollten die gottesfürchtigen Demonstranten mit dem rührigen Islamisten Maulana Soofi Muhammad an der Spitze, dem Chef einer regional bedeutsamen militanten Partei namens 'Tehrik Nifaz-e Shariat-e Mohammadi', gegen dieses entstandene Rechtsvakuum protestieren und zugleich auf die

drängenden Probleme der sowohl von Bundes- und Landesregierung vernachlässigten Region aufmerksam machen. Als die Regierung versuchte, die bis dahin friedliche Aktion gewaltsam auflösen zu lassen, kam es zu einem Schußwechsel zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, der nach pakistanischen Pressemeldungen auf beiden Seiten elf Tote forderte. Als Maulana Soofi daraufhin drohte, einen Heiligen Krieg gegen die Regierung auszurufen, ließ die Regierung der NWFP über die Medien ihre Kapitulation verbreiten und stellte dem streitbaren Geistlichen eine Kopie einer Regierungsverordnung zu, die in Malakand die Sharia zur verbindlichen Rechtsgrundlage erhebt. Nach diesem Erfolg der Islamisten warnten pakistanische Kommentatoren vor der Gefahr, daß der orthodoxe Klerus den gewachsenen Einfluß und das neue Selbstbewußtsein nutzen könnte, um den religiösen Aufruhr auch in die übrigen Stammesgebiete zu tragen.

#### Indischer Diplomat verhaftet

Pakistanische Sicherheitskräfte haben am 12. Juli in Islamabad den indischen Botschaftsattaché V.S. Cohan wegen angeblicher Spionage festgenommen. Aus Regierungskreisen verlautete, Cohan habe sich geheime Unterlagen über die pakistanische Armee verschafft. Während des Verhörs habe er zudem Einzelheiten über die Aktivitäten des indischen Geheimdienstes in Pakistan preisgegeben. Unabhängige Beobachter werteten die Verhaftung des indischen Diplomaten als Vergeltungsaktion für die nur wenige Stunden zuvor in der indischen Hauptstadt Delhi erfolgte Festnahme des hochrangigen pakistanischen Botschaftsmitarbeiter Mohammed Afzal Bajwa, der nach indischer Darstellung auf frischer Tat dabei ertappt wurde, als er von einem Zuträger umfangreiches vertrauliches Material über das indische Verteidigungssystem annahm. Nach Bekanntwerden der Nachricht, daß Pakistan im Gegenzug einen indischen Diplomaten verhaftet habe, wies Indien Bajwa und einen weiteren Angehörigen der pakistanischen Botschaft aus. Pakistan reagierte mit dem gleichen Schritt.

#### Tote und Verletzte bei Moscheeatentat

Die blutige Serie der Moscheeatentate im Punjab reißt nicht ab: Bei

einem weiteren Handgranatenanschlag auf eine sunnitische Moschee in der Provinzhauptstadt Lahore wurden am 12. Juli zwei zu diesem Zeitpunkt im Gotteshaus betende Kinder getötet und 27 weitere Gläubige zum Teil schwer verletzt. Die Täter konnten nach Polizeiangaben unerkannt flüchten. Wenige Stunden später detonierte in einem von Schiiten bewohnten Stadtteil eine weitere, in einem Mülleimer versteckte Granate. Wie aus Agenturmeldungen hervorgeht, wurden dabei zwei Menschen verletzt. Die Polizei vermutet, daß beide Anschläge auf das Konto zweier verfeindeter schiitischer und sunnitischer Terrorgruppen gehen.

#### Außenminister Assef Ali in Moskau

Fragen der nuklearen Sicherheit und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen standen nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Itar-Tass im Zentrum einer Unterredung zwischen Außenminister Assef Ahmed Ali und seinem russischen Amtskollegen Andrej Kosyrew, die am 4. Juli in der russischen Hauptstadt stattfand. Anschließend unterzeichneten die beiden Minister ein Abkommen zur teilweisen Aufhebung der Visapflicht und eine Vereinbarung über politische Konsultationen zwischen ihren Ämtern. Die Moskau-Visite Assef Ali's diente zugleich der Vorbereitung eines Staatsbesuchs von

Benazir Bhutto, die im Herbst in Rußland erwartet wird.

#### Präsident Leghari in Washington

Am Rande einer privaten Reise in die USA traf sich Präsident Farooq Ahmad Khan Leghari in Washington mit dem amerikanischen Außenminister Warren Christopher zu einem politischen Gedankenaustausch, in dem der Kaschmirkonflikt im Mittelpunkt stand. Nach der Unterredung sagte Leghari, er habe gegenüber Christopher für ein aktiveres Engagement der USA in Südasien geworben, damit das Wettrüsten auf dem Subkontinent gestoppt werden könne. Außerdem habe er auf die massiven Menschenrechtsverletzungen im indischen Teil Kaschmirs hingewiesen.

#### Pakistanische Soldaten in Bosnien

Seit Ende Juni sind in Bosnien auch 3.000 pakistanische Blauhelme stationiert, die dort die UN-Schutztruppen (UNPROFOR) unterstützen sollen. Der UN-Sicherheitsrat hatte dem Einsatz der pakistanischen Soldaten erst nach längerem Zögern zugestimmt. Vor allem die serbische Konfliktpartei kritisierte, daß sich die pakistanischen Muslime mit ihren bosnischen Glaubensbrüdern im Kampf gegen die bosnischen Serben solidarisieren könnten. Zusammen mit den jetzt nach Bosnien entsandten Soldaten

beteiligt sich Pakistan mit 7.256 Blauhelmen an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen und stellt damit das weltweit größte Truppenkontingent. Dies geht aus einer aktuellen UN-Statistik hervor.

#### Polizeistation für Frauen eröffnet

Nach Islamabad und Lahore besitzt jetzt auch Karachi eine nur mit Polizistinnen besetzte Polizeistation, die am 2. Juni von Premierministerin Benazir Bhutto persönlich eröffnet wurde. Die insgesamt 50 Beamtinnen sollen sich ausschließlich um Verbrechen an Frauen kümmern und vor allem Vergewaltigungen, Entführungen von Frauen und Prostitutionsdelikte bearbeiten. In Kürze sollen in der Provinz Sindh, wo in jüngster Zeit gleich in mehreren spektakulären Vergewaltigungsfällen männliche Polizisten als Mitäter überführt werden konnten, noch zwei weitere mit Frauen besetzte Polizeiwachen geschaffen werden. Aus der Eröffnungsansprache der Regierungschefin zitierten pakistanische Journalisten die Anerkennung, daß die Einrichtung solcher Polizeistationen beweise, daß in Pakistan die Frauen nicht diskriminiert würden. Mit Bezug auf entsprechende Kritik westlicher Länder und Menschenrechtsorganisationen ergänzte Bhutto: "Wir sind stolz auf unsere Religion, und wir sind stolz auf die islamische Respektierung der Rechte der Frauen".

## Der große Streit ums Wasser

Thomas Ruttig

"Eine Hungersnot wie in Somalia könnte Pakistan treffen" - dramatischer hätte die 'Friday Times' kaum titeln können. Die pakistanische Wochenzeitung bezog sich auf einen Bericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Islamabad, in dem auf die immer größere Kluft zwischen dem enormen Bevölkerungswachstum von jährlich über drei Prozent und der Pro-Kopf-Produktion des Grundnahrungsmittels Weizen in dem 125-Millionen-Land hingewiesen wird. "Wenn wir überleben wollen, haben wir keine andere Wahl, als das jahrhundertalte System der Bewässerungskanäle aufzugeben", lautet die Schlußfolgerung des Regierungspapiers.

43 wichtige Kanalsysteme, die sich aus drei Stauseen speisen, versorgen etwa 76 Prozent der gesamten landwirtschaftlich kultivierten Fläche des Landes, die zu meist in den Niederungen der fünf großen Ströme Pakistans liegen - des Indus und seiner vier größten Nebenflüsse. Von dort wiederum stammen 95 Prozent der pakistanischen Agrarproduktion bzw. 30 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts, die Hälfte aller Arbeitsplätze befinden sich dort. Wenn die vorgesehenen Ausbaumaßnahmen für die Kanalsysteme im bisherigen Tempo weitergehen, so der Bericht, würde es noch 20 bis 30 Jahre bis zu ihrer Beendigung dauern. Bis dahin aber könnten

schon Zustände "wie in Somalia oder Eritrea" herrschen.

Die Autoren des Berichts schlagen vor, "fundamentale Änderungen in Land-, Wasser- und Bevölkerungsfragen im Indus-Becken" vorzunehmen. Eine ganze Kaskade von 37 Staudämmen soll gebaut werden. Sie soll sicherstellen, daß auch in der Trockenperiode zwischen September und März genügend Wasser in den Rückhaltebecken vorhanden ist. Denn, so die Begründung, bisher fließe noch viel zu viel Wasser ungenutzt in den Indischen Ozean, besonders während der Schneeschmelze und des Sommermonsuns. Und, wie das Leben so spielt, liegt schon seit über 30